

BRÜSSELER NOTIZEN

zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom
22. Dezember 2022

Berichtszeitraum: 1.12.2022 bis 21.12.2022

Inhalt:

- Ratsschlussfolgerungen und Sanktionen der EU gegen Iran
- Ukraine im Fokus des Europäischen Rates und des Außenrates
- EU-Westbalkan-Gipfel erstmals nicht in Brüssel, sondern in der Region
- Sicherheit und Verteidigung: EU schließt militärische Partnerschaftsmission mit Niger
- COP15: historisches Ergebnis
- EU und Chile schließen Verhandlungen zu „fortgeschrittenem Rahmenabkommen“ ab
- Kurzmeldungen

Ratsschlussfolgerungen und Sanktionen der EU gegen Iran

Auf seinem Treffen vom 12. Dezember 2022 hat der Rat neue [Schlussfolgerungen](#) zu Iran gebilligt, welche die dortige inakzeptable Unterdrückung der anhaltenden Proteste und die Menschenrechtslage, die militärische Zusammenarbeit Irans mit Russland, einschließlich der Lieferung von Drohnen, die einseitige Abweichung vom gemeinsamen Aktionsplan zur Verhinderung des Ausbaus von atomaren Kapazitäten (JCPOA) sowie die Destabilisierung der regionalen Sicherheit verurteilen.

Darüber hinaus hat der Rat im Rahmen der bestehenden Sanktionsregelung 20 Personen und eine Organisation in die Liste der Personen, Einrichtungen und Organisationen, die restriktiven Maßnahmen unterliegen, aufgenommen. Dies geschieht angesichts ihrer Rolle bei der gewaltsamen Reaktion auf die jüngsten Demonstrationen im Iran nach dem Tod von Mahsa Amini.

Zudem wurden [Sanktionen](#) gegen vier weitere Personen und Einrichtungen verhängt, die im Zusammenhang mit der Entwicklung und Lieferung unbemannter Luftfahrzeuge für Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine stehen. Zu den Maßnahmen gehört das Einfrieren von Vermögenswerten, ein Reiseverbot für die EU und ein Verbot, den in der Liste aufgeführten Personen und Einrichtungen Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen. DR. THOMAS LEEB

Ukraine im Fokus des Europäischen Rates und des Außenrates

Der [Europäische Rat](#) hat am 15. Dezember 2022 ein neuntes Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet. Es wurden rund 200 zusätzliche Personen auf die Liste jener Akteure gesetzt, deren Vermögenswerte eingefroren werden. Ferner wurden neue EU-Ausfuhrverbote erlassen und zusätzliche Verbote für russische Banken und Medien. Die EU ermöglicht auch die verstärkte Bereitstellung von humanitärer Hilfe für den Winter und stellt ein Hilfspaket in Höhe von 100 Mio. EUR für den Wiederaufbau von Schulen bereit.

Eine Einigung über ein Instrument zur Unterstützung der Ukraine für 2023 (Makrofinanzhilfe +) erzielte der Rat am 10. Dezember 2022. So wird die EU, die Ukraine im Jahr 2023 mit 18 Mrd. EUR an Darlehen unterstützen. Diese haben eine tilgungsfreie Laufzeit von zehn Jahren. Mit den finanziellen Mitteln soll die kritische Infrastruktur erneuert und der nachhaltige Wiederaufbau gefördert werden.

Der [EU-Außenministerrat](#) hat am 12. Dezember 2022 beschlossen die Europäische Friedenfazilität, mit der unter anderem die ukrainischen Streitkräfte unterstützt werden, um 2 Mrd. EUR auf insgesamt 5,5 Mrd. EUR anzuheben. Ferner hat der Rat einen Gedankenaustausch über die Republik Moldau, die südliche Nachbarschaft und die östliche Partnerschaft geführt. So fand vor dem Außenministerrat die Ministertagung der Östlichen Partnerschaft statt, auf der die EU ihre Bereitschaft betonte, die Partnerschaft flexibler und stärker auf die Bedürfnisse der Partner auszurichten. MICHELLE WIESNER

EU-Westbalkan-Gipfel erstmals nicht in Brüssel, sondern in der Region

Am 6. Dezember 2022 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der EU und der Westbalkanstaaten zu einem gemeinsamen Gipfel und zum ersten Mal in der Region, konkret in Tirana. Neben EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel nahmen der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sowie EU-Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi teil. Die EU-Seite bekräftigte erneut die Beitrittsperspektive der Länder und unterstrich die strategische Bedeutung der Region. In der „[Erklärung von Tirana](#)“ ruft die EU dazu auf, den Beitrittsprozess – auf Basis glaubwürdiger Reformen – zu beschleunigen. Beide Seiten erörterten beim Gipfel insbesondere die Fort-

schritte bei der Umsetzung des [Wirtschafts- und Investitionsplans](#). Bisher wurden [40 Projekte](#) im Umfang von 1,8 Mrd. EUR und einem Investitionswert von insgesamt 5,7 Mrd. EUR beschlossen. Weitere wichtige Diskussionsthemen waren Migration und die geopolitische Lage in Europa.

Die Abhaltung des Gipfels in der Region war symbolisch. Brüssel sieht die strategische Bedeutung der Region und will diese stärker an sich binden. So nahm der Europäische Rat am 15. Dezember 2022 Bosnien-Herzegowina in den Kreis der Beitrittskandidaten auf, wobei das Land zuvor 14 Reformauflagen erfüllen muss. Am selben Tag reichte Kosovo den EU-Beitrittsantrag ein. DIETRICH JOHN

Sicherheit und Verteidigung: EU schließt militärische Partnerschaftsmission mit Niger

Der [EU-Außenministerrat](#) beschloss am 12. Dezember 2022 die Einrichtung einer militärischen Partnerschaftsmission für Niger (EUMPM Niger). Der Entscheidung beruht einer Anfrage der nigrischen Regierung. Ziel ist es, die Bekämpfung von terroristischen Vereinigungen zu unterstützen sowie zum Kapazitätsaufbau der nigrischen Streitkräfte, insbesondere anhand eines Ausbildungszentrums und durch Fachausbildung für Spezialisten für Kommunikation und Befehlsunterstützung, beizutragen. Damit unterstreicht die EU ihren Anspruch und ihr Engagement, Frieden und Stabilität in der Sahelzone zu fördern. Das Mandat umfasst zunächst drei Jahre und ein Budget i.H.v. 27,3 Mio. EUR, während derer es in Verbindung mit [Unterstützungsmaßnahmen der Europäischen Friedensfazilität](#) implementiert werden soll. CONSTANTIN BLASCHKE

COP15: historisches Ergebnis

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (COP15), die vom 7. bis 19. Dezember 2022 in Montreal stattfand, [verkündete](#) die EU-Kommission die Verdoppelung der internationalen Finanzmittel der EU für die biologische Vielfalt auf 7 Mrd. EUR (2021-27). Umwelt-Kommissar Virginijus Sinkevičius betonte, „bei der Umkehrung des Verlusts an biologischer Vielfalt geht es um die Rettung unserer Lebensgrundlagen und unserer Wirtschaft.“

Das Ergebnis - der Schutz von 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresgebiete und die Wiederherstellung von 30 Prozent der degradierten Ökosysteme weltweit – bezeichnete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als „historisch“. MICHELLE WIESNER

EU und Chile schließen Verhandlungen zu „fortgeschrittenem Rahmenabkommen“ ab

Am 9. Dezember 2022 schlossen die EU und Chile ihre Verhandlungen über ein [fortgeschrittenes Rahmenabkommen](#) ab. Dieses modernisiert das bestehende Assoziierungsabkommen und umfasst eine politische und eine handelspolitische Säule: Einerseits stellt das Abkommen gemeinsame Grundwerte, wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit oder die Gleichstellung der Geschlechter ins Zentrum und einen intensiveren politischen Dialog in Aussicht. Andererseits schafft es Zölle ab, verbessert den gegenseitigen Investitionsschutz und fördert nachhaltige Investitionen.

So sieht das Handelsabkommen Zollfreiheit für 99,9 % der EU-Ausfuhren nach Chile vor. Im Gegenzug erhält Chile verbesserten Zugang zum europäischen Markt, insbesondere für Lebensmittelausfuhren und im Dienstleistungssektor. Die EU verspricht sich einen besseren Zugang zu kritischen Rohstoffen, z.B. Lithium, Kupfer oder Wasserstoff. Mehr Informationen zu den EU-Chile-Handelsbeziehungen sind [hier](#) verfügbar. Ein Teil des Handelsabkommens (ohne die Investitionsschutzbestimmungen) kann bereits ohne Ratifizierung durch die EU-Mitgliedstaaten in Kraft treten. DIETRICH JOHN

Im Zusammenhang mit den wiederholten Raketentests der Demokratischen Volksrepublik Korea verhängte die EU am 12. Dezember 2022 weitere Sanktionen gegen acht Personen und vier Unternehmen, darunter das nordkoreanische Ministerium für Raketenindustrie. [[Rat der EU](#)]

EU-Parlament und Rat einigten sich am 13. Dezember 2022 auf die Einrichtung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), um den Klimawandel zu bekämpfen. Ab Oktober 2023 muss für in die EU exportierte Waren ein CO₂-Preis gezahlt werden. Die Auswirkungen auf die Einfuhren aus Entwicklungsländern, insbesondere aus den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs), wird die EU-Kommission bis Ende 2027 überprüfen. Die Einführung hängt noch von einer Einigung über die Reform des EU-Emissionshandelssystems (ETS) ab. [[Europäisches Parlament](#)]

Am 15. Dezember 2022 beschloss das Europäische Parlament als neuerliche Friedensinitiative eine internationale Konferenz zur Besprechung einer Zwei-Staaten-Lösung im Nahostkonflikt zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten. Die neusten Beschlüsse der israelischen Regierung zur Errichtung neuer Siedlungen in palästinensischen Gebieten wurden dabei als hinderlich und völkerrechtswidrig beurteilt. [[Europäisches Parlament](#)]

Im Rahmen der neuen EU-Strategie für globale Gesundheit und unter Global Gateway startete die EU am 15. Dezember 2022 gemeinsam mit afrikanischen Partnern eine Leitinitiative zur Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte, etwa bei Müttersterblichkeit, mit einem Schwerpunkt auf junge Frauen. [[Europäische Kommission](#)]

Am 20. Dezember 2022 einigte sich der Rat auf eine Verhandlungsposition mit dem Parlament zu neuen Regeln für bevorzugte Handelskonditionen für Entwicklungsländer. Darin enthalten sind strengere Auflagen für die Achtung der Menschenrechte, Umweltschutz und Transparenz. Eine bessere Zusammenarbeit bei Migration und Rückübernahme von eigenen Staatsangehörigen, die sich illegal in der EU aufhalten, soll zudem die Wirksamkeit des neuen Rahmens positiv beeinflussen. [[Rat der EU](#)]

Dr. Thomas Leeb, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Unter Mitarbeit von **Constantin Blaschke**, **Lukas Hirsch**, **Dietrich John**, **Michelle Wiesner**

Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | www.hss.de
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: brussels@hss.de

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).